

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Band:** 57 (1965)  
**Heft:** 6  
  
**Artikel:** Die Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung  
**Autor:** Berger, George  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-354182>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 09.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung

Greift ein Gewerkschafter zur Feder – oder in diesem Fall zur Schreibmaschine – um sich mit der Wirtschaftspolitik einer Regierung der Arbeiterpartei auseinanderzusetzen, so schließt man daraus, selbst in sonst gut informierten Kreisen außerhalb der britischen Inseln, daß ein solcher Artikel wohl oder übel ein Loblied sein müsse auf alles, was die Regierung unternimmt. Dem ist aber nicht immer so. Gewiß kann die Regierung mit der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der organisierten Arbeitnehmer rechnen, denn von einer kleinen Minderheit abgesehen, wählen sie Labour auf Grund der einfachen und logischen Erwägung, daß die Konservative – lies bürgerliche – Partei, allen Wahlparolen zum Trotz, wie weiland die Bourbonen nach der Verbannung Napoleons auf die Insel Elba, nichts vergessen und nichts gelernt haben. Die Konservativen aber trösten sich mit der etwas voreiligen Hoffnung auf ein baldiges Waterloo und reden gerne und mit ziemlicher Lautstärke (denn die Mehrheit der britischen Presse befindet sich ja in ihrem mehr oder minder gut getarnten Besitz) von den «hundert Tagen» Wilsons in Anbetracht der geringen Stimmenmehrheit der Labour-Partei. Im Gegensatz dazu rechnet Wilson mit gesundem Optimismus und, eingedenk des enormen Handicaps der allzu vielen Jahre konservativer Regierung, das zunächst einmal aufgeholt werden mußte, von seinen «ersten tausend Tagen».

Welche organisatorische Bindung besteht überhaupt zwischen Gewerkschaftsbewegung und Labour-Partei? Ueberhaupt keine. Zunächst ist festzuhalten, daß hier nur von den für die Labour-Partei abgegebenen Stimmen die Rede ist, nicht von Menschen mit dem Parteibuch in der Tasche. Wer einer Gewerkschaft beiträgt, kann unter keinen Umständen, weder direkt noch indirekt, zur Mitgliedschaft bei der Partei gezwungen werden. Dennoch wird die Absicht, der Partei beizutreten, vorausgesetzt, und wer dies nicht will, muß seine gegenteilige Absicht ausdrücklich bestätigen. Man nennt diesen Grundsatz «contracting out», das heißt den Nichtbeitritt formell festhalten; nichts wäre jedoch verfehlter, als aus der Zahl jener Gewerkschafter, die nicht Mitglieder der Labour-Partei sind, Schlüsse auf mangelnder Loyalität der Partei gegenüber zu ziehen. Der britische Gewerkschafter handelt nicht auf Grund gefühlsmäßiger Erwägungen. Seine Haltung ist bedingt durch die bitteren Erfahrungen in den Jahren der Depression, in denen eine konservative Regierung nicht wußte, was sie mit über 4 Millionen Arbeitslosen anfangen sollte, vermutlich weil einige ihrer führenden Persönlichkeiten viel zu sehr durch die Verschiffung von Schrott und Altmetall an deutsche Stahlwerke in Anspruch genommen waren. Besagte Stahlwerke fertigten dann aus echt britischem Eisen- und Stahlschrott Geschütze, Granaten, Panzer, Stacheldraht und ähnliche nützliche Dinge an, was

die britischen Soldaten etwas später am eigenen, meist zerrissenen und verstümmelten Leibe zu spüren bekamen. Diese Erinnerungen sind bei den älteren Arbeitnehmern noch sehr lebendig und werden von der jüngeren Generation, der sie überliefert wurden, ebenfalls nicht übersehen. Trotzdem muß fairerweise festgehalten werden, daß die konservative Minderheit der organisierten Arbeitnehmer mehr als einmal loyal die von ihrer Gewerkschaft beschlossenen Kampfmaßnahmen unterstützt hat, selbst wenn sie gegen die konservative Regierung gerichtet waren.

Was die Einstellung der extremeren Elemente zur Wirtschaftspolitik der Labour-Partei und zur Gewerkschaftspolitik betrifft, wäre es gewiß falsch, die Möglichkeiten, die der sehr kleinen Minderheit von Links- und Rechtsextremisten offenstünden, *falls* sie jemals zum Zuge kämen, zu unterschätzen. Die Weltgeschichte wiederholt sich leider immer dort, wo eine Wiederholung nicht nur langweilig, sondern tragisch sein kann. Den besten Schutz gegen Machtübernahmen verschiedener Spielarten bietet seit jeher der demokratische Geist der Bevölkerung, den man ihr nicht aufpropfen mußte. Eine Demokratie setzt meist voraus, daß Demokraten vorhanden sind, die einsehen, daß der andere nicht im Unrecht sein muß, wenn ich im Recht bin. Kann man sich nicht einigen, so einigt man sich darauf, uneinig zu sein.

Die Gewerkschaftsbewegung legt also immer größten Wert auf absolute Unabhängigkeit, selbst der Labour-Regierung gegenüber. Daß sie ihr einige führende Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt hat, ist mit dieser grundsätzlichen Politik durchaus vereinbar. Hier ist zunächst der energische *Frank Cousins* zu erwähnen, der ehemalige Generalsekretär der mächtigen Transportarbeiter-Gewerkschaft, jetzt Minister für Technologie, dessen Aufgabe es u. a. sein wird, der Arbeitnehmerschaft den Uebergang zur Automation und ähnlichen betriebstechnischen Maßnahmen schmackhaft zu machen. Keine leichte Aufgabe, aber eine, die bewältigt werden muß, denn eine Steigerung der Produktivität *und* der Produktion ohne Verlängerung der Arbeitszeit – die alles andere als populär wäre – kann nur durch Anwendung der modernsten Methoden und Ausrüstung herbeigeführt werden. Erleichtert wird die Lösung des Problems, vor allem bedingt durch die Notwendigkeit von Umschulungen und die zeitweilige Freisetzung von Arbeitskräften, allerdings dadurch, daß der durchschnittliche britische Arbeiter dem Gedanken einer möglichst konzentrierten Arbeitsleistung innerhalb möglichst kurzer Arbeitszeit schon immer aufgeschlossen gegenübergestanden ist.

Das Debüt von Frank Cousins als Parlamentarier steht, nebenbei bemerkt, *erst bevor*. Zu diesem Zwecke läßt ihn Premierminister Wilson, wie dies aus derartigen Anlässen üblich ist, in einem Sprengel kandidieren, der als sicherer Sitz der Labour-Partei und eine

der Hochburgen der Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden kann, in diesem Falle die mittelenglische Stadt Nuneaton. Daß der redogewandte Gewerkschafter Cousins seine Anhänger auch als Parlamentarier nicht enttäuschen wird, kann gewiß angenommen werden.

Der zweite Minister aus den Reihen der Gewerkschaftsbewegung ist der Arbeitsminister, *Ray Gunter*, ehemaliger Generalsekretär der Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -angestellten. Interessant ist auch, daß beide Minister auf internationaler Ebene langjährige Erfahrung besitzen und eine sichere Garantie dafür bieten, daß die internationalen Zusammenhänge im Rahmen der Maßnahmen, die sie auf nationaler Ebene zu verfügen haben, nicht vernachlässigt werden. Frank Cousins gehörte seit langen Jahren dem Exekutivkomitee der Internationalen Transportarbeiter-Föderation an und war bis zu seiner Ernennung zum Minister für Technologie ihr Präsident. Dieses Amt hat nun Kollege Hans Düby, Präsident des SEV und früherer Vizepräsident der ITF, übernommen. Auch der Arbeitsminister Ray Gunter war Mitglied des Exekutivkomitees der ITF.

Nun hatte man sich in den Kreisen der geschlagenen Konservativen, deren jüngere und gegenwartsnähere Elemente die Tragweite ihrer Niederlage durchaus nüchtern und richtig einschätzen, immerhin mit der Hoffnung getröstet, daß die Regierung in Anbetracht ihrer knappen Mehrheit keine allzu drastischen Maßnahmen ergreifen, sondern möglichst bald versuchen werde, ihre Stellung durch Neuwahlen zu festigen. Trotz der konkreten Möglichkeit von Neuwahlen – die übrigens nur das Selbstvertrauen der Regierung unter Beweis stellen würden – war die Prämisse falsch. Die Regierung hat mutig den Weg beschritten, den sie im Interesse des Gemeinwohls und der Stellung Großbritanniens für richtig erachtet, wobei sie sich durchaus des Umstandes bewußt war, daß sich einige ihrer Maßnahmen selbst bei ihren Anhängern keiner übermäßigen Popularität erfreuen würden und auch ihre Freunde im Auslande – darunter die EFTA-Partner – eventuell vor den Kopf gestoßen würden. Allerdings wurde von Handelsminister *Jay* anläßlich einer Ansprache vor der Internationalen Handelskammer unverzüglich die Versicherung abgegeben, daß es sich zum Beispiel bei der Erhöhung der Einfuhrzölle, auf die wir noch zurückkommen, nur um eine vorübergehende Maßnahme handle, die möglichst bald rückgängig gemacht werden sollte.

Im gleichen Sinne äußerte sich auch der Stellvertreter des Premierministers und Wirtschaftsminister, *George Brown*.

Worin bestehen nun die wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung?

### *Steuerpolitik im Rahmen eines «kleinen Budgets»*

Hier ist zunächst die Einführung einer einheitlichen Korporationsteuer zu erwähnen, durch die eine Einkommensbesteuerung

der Aktiengesellschaften ohne Zweifel sehr vereinfacht wird. Eine zusätzliche Einkommensquelle soll dem Staat durch den Ausbau der Kapitalgewinnsteuer, eine auch in den Vereinigten Staaten übliche Methode, erschlossen werden. Ausgenommen von der letztgenannten Steuer sind vor allem die verschiedenen Spartitel, Kapitalablösung normaler Lebensversicherungspolice, Kapitalgewinne von Pensionsfonds und Wohltätigkeitsorganisationen, Nachlaßgewinne bis zu 5000 Pfund Sterling (etwas über 60 000 Fr.) und Kapitalgewinne, die von Nichteinwohnern Großbritanniens auf Börsentiteln usw. erzielt werden, sowie gewisse weitere, nicht direkt leistungsgebundene Gewinne, wie zum Beispiel aus Wetten und dergleichen.

Das am 26. Oktober verabschiedete Sonderbudget bildet vor allem die rechtliche Grundlage für die Erhebung der 15prozentigen Importabgaben (jedoch mit einigen Ausnahmen), von denen sich die Regierung bei einem einjährigen Inkraftbleiben – womit aber kaum gerechnet wird – eine Einnahme von rund 200 Millionen Pfund Sterling und eine Einschränkung der Importe um rund 300 Millionen Pfund Sterling verspricht. Interessant ist dabei, daß der 15prozentige Zollzuschlag vom Unterhaus oppositionslos durch Handaufheben gutgeheißen worden ist. Bei der Abstimmung über die Erhöhung der Einkommenssteuer erreichte die Regierungsmehrheit übrigens 26 Stimmen, wahrscheinlich (aber gewiß nicht ausschließlich) dadurch, daß die 9 Liberalen für den Regierungsantrag stimmten, denn auch die 17prozentige Erhöhung der Abgabe für Benzin – bei der sich die Liberalen der Stimme enthielten – wurde mit einer Mehrheit von 10 Stimmen, also offenkundig einschließlich konservativer Stimmen, angenommen.

Von gewerkschaftlicher Seite hätte man im Interesse einer auf konkrete Ziele ausgerichteten Einkommenspolitik immerhin erwartet, daß die Unternehmer durch geeignete steuerpolitische Maßnahmen verhindert würden, in den Genuß aller zusätzlichen Betriebsgewinne zu kommen, die sie durch einen Verzicht der Arbeitnehmer auf höhere Lohnforderungen erzielen würden. Solche Maßnahmen sind jedoch keineswegs ausgeschlossen.

#### *Ausbau der Sozialdienste und ihrer Leistungen*

Im Sinne ihrer vor den letzten Unterhauswahlen abgegebenen Wahlversprechen beabsichtigt die Labour-Regierung, mit Wirkung von Ende März 1965 Verbesserungen verschiedener Sozialleistungen durchzuführen, deren Kosten auf rund 130 Millionen Pfund Sterling im Jahre geschätzt werden. Allerdings sollen diese Mehrausgaben nicht, wie vielfach behauptet wird, nur durch die bereits erwähnte Erhöhung der Einkommenssteuer sowie durch Zollerhöhungen und höhere Abgaben auf Treibstoffe für Straßenfahrzeuge gedeckt werden, sondern auch durch erhöhte Sozialversicherungsprämien. Einer der wichtigsten Zwecke dieser Verbesserungen der Sozialleistungen

ist die Verbesserung des Arbeitsklimas; die ersten Schritte in dieser Richtung sind bereits unternommen worden, und zwar eine Erhöhung der Altersrenten und die Abschaffung der seit mehreren Jahren im Rahmen des nationalen Gesundheitsdienstes erhobenen Benützerbeiträge, zunächst der Rezeptgebühren in Höhe von 2 Shilling. Daß einem so kleinen Betrag überhaupt politische Bedeutung beigemessen wird, mag auf den ersten Blick vielleicht überraschen, denn es gibt bestimmt nur sehr wenige Einwohner Großbritanniens, die sich die Bezahlung der kleinen Gebühr pro Rezept nicht leisten könnten. Wesentlich ist jedoch hier das Prinzip, auf dem der unentgeltliche Gesundheitsdienst als solcher beruht, nämlich, daß jeder Mann, ungeachtet seiner Einkommensverhältnisse, das gleiche Recht auf Gesundheit habe, denn die Gesundheit der Bevölkerung sei das kostbarste Gut des Staates. Sie dürfe also nicht von der Fähigkeit oder Unfähigkeit, die Kosten einer Behandlung oder von Krankenkassenbeiträgen zu decken, abhängen. Jenen, die eine über den Rahmen der normalerweise vorgesehenen Minimalleistungen hinausgehende Behandlung wünschen (Privatzimmer in Krankenhäusern, Brillen und Prothesen in eleganterer Ausführung usw.) stehen solche Möglichkeiten gegen Bezahlung einer keineswegs hohen Gebühr jederzeit offen. Ob die derzeit noch geltende Bezahlung einer Grundgebühr für Brillen und Prothesen ebenfalls abgeschafft wird – sie wurde 1951 von der damaligen Labour-Regierung eingeführt, wobei allerdings zwei Minister, Bevan und der jetzige Premierminister, aus Protest ihr Mandat niederlegten.

Daß die Berechtigung eines nationalen Gesundheitsdienstes selbst von den Konservativen nicht in Abrede gestellt wird, geht schon daraus hervor, daß sie es trotz ihrer großen Mehrheit im Parlament nie gewagt haben, ihn abzuschaffen. Die Einführung der kleinen Rezeptgebühr von 2 Shilling diene lediglich optischen Zwecken, denn mehr als 22 Millionen Pfund Sterling hat sie in den letzten Jahren ohnedies nicht eingebracht. Auch die Gebühren für Brillen und Prothesen decken kaum 5 Prozent der Kosten des Gesundheitsdienstes, eine Tatsache, die jenen beharrlichen Kritikern, die immer wieder behauptet haben, die Leute ließen sich zum Vergnügen, (weil die Sache so billig sei) Brillen, Zahnprothesen u. ä. anfertigen, eigentlich zu denken geben sollte. Auch den nach dem Kriege zutage tretenden enormen Nachholbedarf, verursacht durch das Elend der Jahre der Depression vor dem Kriege, hätten die unentwegten Gegner einer sozialen Ordnung sehr gerne der «Verschwendungssucht und unverantwortlichen Einstellung der Massen» zugeschrieben, wären die Ursachen nicht so offenkundig gewesen, daß sie niemand übersehen konnte – ausgenommen jene, die eben nicht sehen wollen. Die Anschaffung von Brillen, Prothesen und ähnlichen Behelfen würde so manchem sehr schwerfallen, wenn nicht finanziell unmöglich sein, und ob zum Beispiel Arbeiter, die körperlich

und seelisch von den Folgen ihrer Zahnlosigkeit oder mangelnden Sehnsüchte in Mitleidenschaft gezogen werden, einen nennenswerten Beitrag zur Erhöhung der Produktivität und damit der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft eines Landes leisten können, erscheint mehr als zweifelhaft.

### *Friedensvertrag in der Wirtschaft Großbritanniens*

Als Ereignis von wahrhaft historischer Bedeutung kann der am 16. Dezember von Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und des Gewerkschaftsbundes unterzeichneten Vertrag über Produktivität, Preise und Einkommen bezeichnet werden. Abschriften des Übereinkommens ließ der Gewerkschaftsbund allen angeschlossenen Verbänden unmittelbar nach der feierlichen Unterzeichnung zugehen.

Entgegen den in der Presse vielfach vertretenen Auffassungen, daß es sich hier hauptsächlich um eine Vereinbarung über Einkommenspolitik handle, besteht der Hauptzweck des «Friedensvertrages» in der Sicherung der Vollbeschäftigung und einer dauernden Steigerung der Produktion auf nationaler Ebene. Dabei betonte der Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes jedoch, daß eine ungünstige Zahlungsbilanz mit den bekannten negativen Begleiterscheinungen tunlichst zu vermeiden sei, zu welchem Zwecke darauf geachtet werden müsse, daß Erhöhungen der Löhne und Gehälter nicht schneller bzw. in größerem Umfange erfolgen als eine entsprechende, lineare Erhöhung der Produktivität.

Obwohl die Notwendigkeit einer Einschaltung der Privatwirtschaft von Handelsminister Jay keineswegs in Abrede gestellt worden war, legte der Präsident des Gewerkschaftsbundes Lord *Collison*, größten Wert auf die primäre Bedeutung einer planwirtschaftlichen Struktur im Interesse des Gemeinwohls.

Nun ist man bekanntlich in der Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens von der allgemeinen Verwirklichung des Gedankens der Industriegewerkschaft noch sehr weit entfernt, trotz aller Fortschritte im Hinblick auf den Zusammenschluß der allzu vielen Verbände von manuellen und auch nichtmanuellen Arbeitnehmern des gleichen Gewerbes oder Wirtschaftszweiges, die dank der Initiative des Gewerkschaftsbundes erzielt werden konnten. Man kann eben eine Jahrhunderte alte Handwerker- und Zukunftstradition nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen, und ausschlaggebend für den Widerstand der vielen «Kleinen» gegen die wohlgemeinten Absichten der «Großen», sie zu verschlingen, sind keineswegs in erster Linie, wie so oft behauptet wird, gefühlsmäßiges Ressentiment oder die Sorge um das sichere Pöstchen als Gewerkschaftsfunktionär, sondern vielmehr echter Stolz auf die Zugehörigkeit zu einem Beruf oder Handwerk. Dennoch wurde die gemeinsame Erklärung vom Generalrat des TUC einstimmig gutgeheißen (auch bei den Arbeit-

gebern stimmte nur ein Mitglied der Föderation Britischer Industrieller dagegen) und mithin von den ihm angeschlossenen Verbänden. Den wenigen Außenseiterverbänden, die aus separatistischen oder gelegentlich auch politischen Motiven Obstruktion machen und den Arbeitsfrieden stören – ihnen sind die «wilden» Streiks hauptsächlich anzukreiden –, kommt in diesem Zusammenhang kaum irgendwelche Bedeutung zu. Regierung und Tarifpartner haben sich auf eine Regelung geeignet, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, und somit auf den sozialpolitischen Fortschritt, nur günstig auswirken kann.

Die grundlegenden Zielsetzungen, auf die sich das Abkommen stützt, sind sehr einfach zu erklären: Die Regierung verpflichtet sich, restriktiven Praktiken entgegenzuwirken, die Stabilität der Währung nach besten Kräften zu sichern und eine geeignete Regelung im Hinblick auf die laufende Ueberwachung der bei Preisen und Einkommen zutage tretenden Tendenzen zu treffen. Arbeitgeber und Gewerkschaften verpflichten sich ihrerseits, diese Zielsetzungen zu fördern. Dabei wurde ziemlich unmißverständlich, wenn auch nur zwischen den Zeilen lesbar, zu verstehen gegeben, daß Löhne und Arbeitsbedingungen angesichts der vom Staate gewährleisteten Vollbeschäftigung nicht einfach den keinerlei Beschränkungen unterworfenen Auswirkungen von Angebot und Nachfrage – auch freie Marktwirtschaft genannt –, bestenfalls gedämpft durch den Einfluß von Gesamtarbeitsverträgen, überlassen bleiben könne.

Wesentlich ist jedoch die Berücksichtigung des Gemeinwohls anstelle jenes von Sektoren der Wirtschaft, denen egoistische Interessen mehr bedeuten als das Wohlergehen der Nation und der gesamten Volkswirtschaft. In diesem Zusammenhange ist die Regierung verpflichtet, den Vertragspartnern gegenüber als Berater aufzutreten, der sie jeweils informieren kann, ob eine geforderte oder in Aussicht gestellte Erhöhung der Bezüge mit dem nationalen Interesse, im Sinne der in jedem einzelnen Falle von der Regierung zu bestimmenden Definition dieses Begriffes, in Einklang gebracht werden könne oder nicht.

Daraus hat man in den Kreisen der Opposition die wirtschaftspolitisch nicht ganz einwandfreie Folgerung abgeleitet, daß bei einer Lohnpolitik, die nicht lediglich aus einem generellen Hinunternivellieren der Löhne und Gehälter bestehen soll, gewisse Erhöhungen sanktioniert, andere dagegen verboten werden müßten. Da nun offenkundig irgendein Kriterium festgelegt werden muß, müßte sich die Regierung in Anbetracht der von ihr mehr als einmal als vordringlich bezeichneten Leistungssteigerung aller Wirtschaftszweige bemühen, in größerem oder geringerem Umfange jene Voraussetzungen zu schaffen, wie sie einer marktwirtschaftlichen Ordnung eigen sind – das heißt höhere Löhne, wo ein Mangel an Arbeitskräften herrscht, und Unterbinden eines Ueberflüssigwerdens von



Arbeitskräften durch geeignete Sanktionen. Hier dürfte den etwas zu optimistischen Befürwortern einer Wirtschaftsordnung, wie sie in der (für die Betroffenen wenigstens) guten alten Zeit fast als sakrosankt galt, ein Irrtum unterlaufen sein, oder, besser gesagt, sie haben sich einem Wunschtraum hingegeben. Gleich am Anfang der Urkunde läßt die Regierung nämlich keinerlei Zweifel darüber bestehen, daß die Ergebnisse der Erhöhung der Produktivität so verteilt werden müßten, daß den Geboten der Hilfe an die wirtschaftlich Schwächeren und der sozialen Gerechtigkeit Genüge getan werde. Ob diese Zielsetzung sich mit dem, was man in gewissen Kreisen gerne «dynamische Wirtschaft» nennt, ohne weiteres vereinbaren läßt, dürfte der Regierung, und sehr wahrscheinlich auch den Mitunterzeichnern des Abkommens, denen das Wohlergehen der Gemeinschaft mehr bedeutet als terminologische Haarspaltereien, kaum viel Kopfzerbrechen verursachen.

Dagegen wäre es voreilig und unrealistisch, die Möglichkeit einer negativen Beeinflussung des Gesamtkonzepts durch Störenfriede verschiedener Spielarten zu unterschätzen. Daß mit Rückschlägen und Opposition zu rechnen ist, beweist der nun im Gange befindliche Arbeitskampf in den Londoner Hafenbetrieben, auf den wir noch zurückkommen.

Ebenso sollte die gemeinsame Erklärung, bei aller Anerkennung ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung, einstweilen nur als erster Schritt auf einem noch nie eingeschlagenen Wege zur Abstimmung von Preisen und Einkommen auf die Interessen der Gemeinschaft und mithin zu einer wirksamen Preis- und Lohnpolitik betrachtet werden. Der Gewerkschaftsbund wird nun mit der Regierung Beratungen über die Errichtung eines Gremiums in die Wege leiten, dessen Aufgabe es sein wird, den Trend der Preise und aller Formen von Einkommen dauernd zu überwachen und jene Fälle herauszugreifen, die einer von der Norm abweichenden Behandlung bedürfen. Die Mitunterzeichnung des Uebereinkommens durch den Gewerkschaftsbund bedeutet nicht, daß er sich unwiderruflich verpflichtet, an der Errichtung eines derartigen Gremiums mitzuwirken; er ist aber immerhin vertraglich verpflichtet, sich nach den besten Kräften für die Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Das nächste Stadium der gemeinsamen Beratungen ist der Form eines solchen Organs und der Festsetzung der für seinen Einsatz maßgebenden Kriterien gewidmet. Obwohl die Schwierigkeiten, die in dieser Hinsicht zu überwinden sein werden, nicht zu unterschätzen sind, beabsichtigt der Gewerkschaftsbund, mit allen verfügbaren Mitteln auf eine Einigung betreffend die grundsätzlich anzuwendenden Richtlinien hinzuarbeiten. Er stützte sich dabei, wie den Mitgliedsverbänden auseinandergesetzt worden ist, auf die offizielle Stellungnahme und Willensbildung der Kongresse 1963 und 1964. Werden, wie allgemein angenommen wird, bei den Verhandlungen

befriedigende Fortschritte erzielt, so wird eine Konferenz der Vorstände der Mitgliedsverbände des TUC einberufen, um zu spezifischen Vorschlägen über konkrete Maßnahmen im Rahmen des allgemeinen Uebereinkommens Stellung zu nehmen.

### *Die Nationalisierungsfrage*

Hier ist zunächst festzuhalten, daß die Labour-Regierung durch realistische Beurteilung der Lage zu der Schlußfolgerung gelangt ist, sich auf die Verstaatlichung der Stahlindustrie zu beschränken, wie sie ja auch in der Thronrede der Königin angekündigt wurde. Ob damit, wie von seiten der Opposition gerne behauptet wird, ein politisches Risiko verbunden ist, muß dahingestellt bleiben, denn es wäre auch in diesem Falle etwas voreilig, als sicher anzunehmen, daß eine konservative Regierung bald wieder fröhliche Urstände feiern werde und die Stahlindustrie, der Abwechslung halber, wieder entstaatlichen würde. Die Opposition führt auch das Argument ins Treffen, daß die britische Stahlindustrie international ihren Konkurrenten ebenbürtig sei und in den letzten Jahren eine ansehnliche Erhöhung ihrer Produktivität unter Beweis gestellt habe. So sei zum Beispiel die wöchentliche Produktion im ersten Semester 1964 auf über eine halbe Million Tonnen erhöht worden, was einer Steigerung der Leistung um rund 20 Prozent in einem Jahre entspreche.

Andererseits kritisierte der Labour-Energieminister *Lee* im Rahmen der Verstaatlichungsdebatte im Unterhaus die monopolistischen Tendenzen und mangelnde Expansionsneigung der Stahlindustrie, wobei dieser Vorwurf nicht ohne weiteres entkräftet werden kann, da die bedeutendsten britischen Stahlfirmen in der Weltrangliste erst an 15. bzw. 19. Stelle zu finden sind. Ebensowenig kann in Abrede gestellt werden, daß die unternehmerische Dynamik und aufgeschlossenerere Einstellung gewisser Unternehmer zu wünschen übrigläßt. Nun hat aber schon der verstorbene Labour-Parteiführer *Gaitskell* seinerzeit auf die Bedeutung eines in angemessenen Grenzen gehaltenen Wettbewerbs, also keiner terminologisch getarnten Politik des uneingeschränkten Laisser-faire, in gewissen Zweigen der Wirtschaft, parallel mit den anderen, den Erfordernissen der Planwirtschaft untergeordneten, verwiesen. Eine doktrinäre Politik der jetzigen Labour-Regierung, gerade auf diesem Gebiete, ist in Anbetracht der sehr nüchternen und betriebswirtschaftlich gewiß vertretbaren Beurteilung der Lage durch die zuständigen Minister kaum zu erwarten. Andererseits sollte auch ein typisch britischer psychologischer Faktor nicht unterschätzt werden, nämlich die Bereitwilligkeit der Bevölkerung, gewisse Einschränkungen des ansonst reichlichen Angebots an nicht unbedingt notwendigen Verbrauchsgütern – von Luxuswaren gar nicht zu reden – vorübergehend in Kauf zu nehmen, wenn ein solcher Preis für wichtige wirtschaftspolitische Belange,

wie zum Beispiel die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, eines leistungsfähigen Gesundheitsdienstes und einer fortschrittlichen Regelung der Arbeitsbedingungen, der Pensionen und eben die Verstaatlichung der Stahlindustrie, bezahlt werden muß. Gleichermassen hat man im Siegerstaat Großbritannien noch bis 1951 eine strenge, einwandfrei funktionierende Rationierung von gewissen Lebensmitteln, Bekleidung, Luxusgegenständen, Benzin, Devisen usw. hingenommen, mit mehr oder weniger deutlichem Murren, gewiß, aber immerhin unter Wahrung einer Wirtschaftsordnung, bei der das Wort «sozial» sehr groß geschrieben wurde. Das wenn auch kleinere Stück Kuchen sollte allen zugute kommen, nicht nur jenen mit gefüllten Brieftaschen und guten Beziehungen. Populär wäre eine weitere Dosis «Austerity» keineswegs; geschluckt würde die Medizin schon aus Disziplin, ungefähr so, wie drei Personen, trotz Dunkel und ruhiger Verkehrszeit, an der Bushaltestelle ungefragt und ohne Vorschrift «von oben» Schlange stehen.

Für den Realismus der Regierung spricht der Umstand, daß die gesamte Struktur der Verkehrswirtschaft überprüft und eine optimale Koordinierung aller Verkehrsträger herbeigeführt werden soll. Hier wäre, nebenbei bemerkt, ein Hinweis auf die langjährigen Bestrebungen der Internationalen Transportarbeiter-Föderation um Verwirklichung eines Plans einer solchen Koordinierung auf nationaler und internationaler Ebene nicht unangebracht, denn der Erfolg der Pläne der Regierung wird nicht zuletzt von der loyalen Mitarbeit einer ganzen Reihe von Gewerkschaftskollegen abhängen, die aus den Reihen der ITF stammen, selbstverständlich einschließlich der beiden Minister Cousins und Gunter. Tüchtige Leute, selbst aus dem Lager der Opposition, wurden keineswegs mißachtet oder entfernt, und es ist immerhin bemerkenswert, daß der von der Labour-Fraktion, als sie noch die Opposition im Parlament vertrat, oft genug heftig angegriffene *Dr. Beeching* gerade mit der wichtigen Aufgabe der durchgreifenden Ueberprüfung der Verkehrswirtschaft betraut worden ist. Man darf daher in Anbetracht dieser sehr realistischen und alles andere als doktrinären Einstellung der Regierung zu den wichtigen Problemen, deren baldige Lösung sich aufdrängt, mit keineswegs unbegründetem Optimismus einen Erfolg ihres Programms erwarten.

### *Londoner Hafendarbeiter lehnen Wochenendarbeit ab*

Die Regierung hat einstweilen von einer direkten Intervention im Hinblick auf eine tragbare Lösung des Problems der Wochenendarbeit in den Londoner Hafenanlagen Abstand genommen, da der Arbeitsminister den Bericht der zur Untersuchung der Lage eingesetzten Devlin-Kommission abwarten möchte.

Wie verlautet, sollen «zusätzliche Arbeitskräfte» herangezogen worden sein, um die schlimmsten Engpässe in den Docks zu besei-

tigen, da sich die Mehrheit der Hafenarbeiter in London und Tilbury zum Zeitpunkt, in dem diese Zeilen geschrieben werden, nach wie vor weigert, am Wochenende zu arbeiten. Bedenklich klingt in diesem Zusammenhange allerdings der Hinweis auf die nicht näher spezifizierten «zusätzlichen Arbeitskräfte». Sollte es sich um Streikbrecher handeln, und wenn ja, woher kommen sie? Gewerkschaftspolitisch ist die Lage keineswegs klar. Die überwiegende Mehrheit der Hafenarbeiter ist beim Transportarbeiter-Verband organisiert, der seine Mitglieder bisher immer ermutigt hat, am Wochenende zu arbeiten. Von irgendeinem Druck auf die Mitglieder konnte aber nie die Rede sein. Daneben besteht der kleine Verband der Stauereiarbeiter, bestehend aus ehemaligen Mitgliedern des Transportarbeiter-Verbandes, also eine Splitterorganisation, die wegen wiederholter Versuche, den Transportarbeitern Mitglieder abspenstig zu machen, seinerzeit aus dem Gewerkschaftsbund ausgeschlossen wurde. Daß zwischen den beiden Gewerkschaften keine besonders freundlichen Beziehungen bestehen, dürfte verständlich sein. Die große Gewerkschaft lehnt also die Haltung der selbsternannten Führer dieser «wilden» Streikbewegung ab, weshalb sich die Einstellung der Hafenarbeiter nicht leicht verstehen ließe, wenn man nicht den Hintergrund kennt. Auch dieser ist alles andere als leicht verständlich. Von seiten der Gewerkschaftsführer wird das durchaus verständliche Argument ins Treffen geführt, daß die Hafenarbeiter nach der schweren Arbeit auch Wert auf Freizeit legen. Die Behauptung der Arbeitgeber, es gehe den Dockern hauptsächlich darum, höhere Lohnsätze für Wochenendarbeit herauszuschlagen, dürfte nicht den Kern des Problems treffen. Wohl ist insofern ein gewisser Fortschritt erzielt worden, als sich die Gewerkschaften mit einer wesentlichen Erhöhung der Zahl der offiziell registrierten Hafenarbeiter einverstanden erklärt haben. Andererseits dient aber eine solche Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte nicht unbedingt den Interessen der Arbeitgeber oder der Arbeiter, da bei Vollbeschäftigung grundsätzlich mit möglichst wenig Arbeitern, weitgehender Mechanisierung, Erleichterung der körperlichen Arbeit und hohen Löhnen eine Steigerung der Produktivität erzielt werden kann, die beide Tarifpartner befriedigt. Ebenso stellt sich die Frage, wie viele der neu eingestellten Arbeiter die Arbeit an Wochenenden ebenfalls ablehnen.

Vielleicht der größte Erfolg, den Arbeitsminister Gunter bisher zu verzeichnen hat, besteht darin, daß es ihm gelungen ist, alle Beteiligten zu einer nüchternen Betrachtung aller Faktoren zu veranlassen und sich von der von gewissen Elementen künstlich erzeugten, gefühlsmäßig bedingten Hochspannung nicht beeinflussen zu lassen. Der Generalsekretär der Transportarbeiter-Gewerkschaft, *Nicholas*, sowie der für die Hafenwirtschaft zuständige Sekretär, *O'Leary*, haben neuerdings an alle Hafenarbeiter appelliert, im Inter-

esse der Förderung der Exporte, auf die die Regierung besonderen Wert legt, die Wochenendarbeit wieder aufzunehmen. Sollte dieser Appell seine Wirkung verfehlen, wird die Regierung wahrscheinlich die erforderlichen Maßnahmen ergreifen müssen, um weitere Verzögerungen der Verschiffung wichtiger Exportgüter zu vermeiden. Wichtig ist aber, daß auch die Arbeitgeber in dieser leidigen Angelegenheit nicht ganz schuldlos sind, denn von gewerkschaftlicher Seite ist wiederholt auf den Umstand verwiesen worden, daß häufig die Hälfte des für Lagerung verfügbaren Raums unausgenützt bleibe. Einerseits müßten die vollbeladenen Lastwagen Schlange stehen, weil der direkte Umschlag nicht möglich sei, andererseits aber stünden gleichzeitig viele Lagerhäuser leer, weil die betreffenden Arbeitgeber den Zwischenumschlag in die Lagerhäuser wegen der damit verbundenen zusätzlichen Spesen vermeiden wollen. Im übrigen, betonte Kollege Nicholas, arbeiteten die Londoner Hafentarbeiter auch ohne Wochenendarbeit durchschnittlich 10 Ueberstunden in der Woche.

Es ist durchaus zu erwarten, daß innerhalb kürzester Zeit wieder normale Verhältnisse in den Londoner Hafenbetrieben herrschen, denn an Mut zu durchgreifenden Maßnahmen, mögen sie noch so unpopulär sein, wird es der Labour-Regierung gewiß nicht mangeln.

#### *Linientreue ohne Parteibuch?*

Ungefähr 20 Funktionäre der Elektriker-Gewerkschaft (ETU) haben ihren Austritt aus der Kommunistischen Partei angemeldet, um weiterhin ihre gewerkschaftliche Tätigkeit ausüben zu können, da der Vorstand der Gewerkschaft voriges Jahr beschlossen hatte, allen kommunistischen Funktionären die Ausübung leitender Funktionen zu untersagen. Ihrerseits hatte die KP allen von diesem Ultimatum Betroffenen nahegelegt, auf ihre gewerkschaftliche Aemter zu verzichten, doch soll nur ein einziger Funktionär dieser Anforderung Folge geleistet haben.

Immerhin kann man sich bei dieser Entwicklung, die auf den ersten Blick auf einen eindeutigen Erfolg der demokratischen Elemente schließen läßt, gewisser Gedanken an das trojanische Pferd nicht erwehren; hoffentlich bewahrheiten sie sich nicht. Wir haben ja eingangs erwähnt, daß die Labour-Regierung sich der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der organisierten Arbeitnehmer erfreut, von denen keineswegs alle Parteimitglieder sind. Leider gelangt man aber auf Grund einer logischen, nüchternen Beurteilung der Lage zu der Schlußfolgerung, daß jemand, der kein Parteibuch mehr besitzt, deswegen noch lange nicht seine innere Bindung an die betreffende Partei aufgegeben haben muß; und je ostentativer der Austritt erfolgt, desto dringender ist Vorsicht, allergrößte Vorsicht, geboten. Timeo Danaos et dona ferentes . . .

*George Berger, Bern*